Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6240

26. 11. 96

Änderungsantrag

der Abgeordneten Antje Hermenau, Angelika Beer, Winfried Nachtwei, Gerd Poppe, Christian Sterzing, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Dr. Uschi Eid, Gerald Häfner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6005, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 05
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 05 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird der Titel 686 21 – Finanzierungshilfe zum Bau von MEKO-Fregatten – in Höhe von 70 730 TDM gestrichen.

Bonn, den 21. November 1996

Antje Hermenau
Angelika Beer
Winfried Nachtwei
Gerd Poppe
Christian Sterzing
Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Dr. Uschi Eid
Gerald Häfner
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Es muß festgestellt werden, daß durch jede finanzielle oder materielle Unterstützung der türkischen Armee und Aufrüstung der türkischen Streitkräfte jene Kräfte in der Türkei unterstützt werden, die eine Demokratisierung verhindern und darauf beharren, die Kurden-Frage militärisch zu lösen.

Die neue türkische Regierung ist nach wie vor gewillt, unter Mißachtung von Menschenrechten und Völkerrecht den Krieg gegen die Kurden fortzusetzen und lehnt eine politische Lösung nach

wie vor ab. Türkische Truppen im Nordirak sind inzwischen zum immer wiederkehrenden Normalfall geworden. Jüngst wurde die Einrichtung einer 20 km breiten türkischen „Schutzzone" angekündigt. Der Zypern-Konflikt hat sich ebenfalls verschärft. Militärische Drohgebärden der Türkei gegenüber Zypern und Griechenland nehmen zu. Nach wie vor erfordert die türkische Politik eine Ablehnung von Militärhilfe.

Arbeitsplatzargumente, die von deutschen Politikern herangezogen werden, um den Bau der MEKO-Fregatten in deutschen Werften zu rechtfertigen, sind nicht stichhaltig. Rüstungsproduktion kann nur kurzfristig Arbeitsplätze sichern. Langfristig ist eine regionalwirtschaftliche vernünftige Konversionspolitik notwendig. Es gibt hinreichend Bedarf für eine Verstärkung präventiver und ziviler Konfliktschlichtung, die langfristig mehr wirtschaftsfördernde Wirkung verspricht als eine Subventionierung der Rüstungsindustrie.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333